

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 07./08.12.2021

Teilhaushalt 1000 (Anträge 10 und 11)

Antrag 10 (Seite 31): Empfehlung und Bitte des Gemeinderates zum freiwilligen Gehaltsverzicht der Bürgermeister*innen der Stadt Karlsruhe (DIE LINKE.)

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Wir sind heute in den Tag gestartet mit einer sehr umfangreichen Debatte über die schwierige finanzielle Situation unserer Stadt, die immer wieder betont wurde von allen Seiten und eben auch die Tatsache, dass wir keine freiwilligen Leistungen ausweiten dürften. Und nichts anderes ist natürlich eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung. Ich weiß aus eigener Erfahrung, mit wie viel Arbeit und Herzblut Kommunalpolitik verbunden ist und wie viele nicht nur Abende dafür draufgehen, aber es ist auch ein Ehrenamt und hier ist niemand auf die paar Tausend Euro finanziell angewiesen, um leben zu können. Während eben für andere, die auf das Geld angewiesen sind, weil sie eben hauptamtlich sind, nur warme Worten der Anerkennung für ihre immense Arbeitsleistung übrig sind. Ich denke hier vor allem an Künstler*innen, aber auch an Pflegekräfte, deswegen Gelder lieber dort einstellen, wo sie wirklich produktiv sind, als jetzt bei uns. Und wenn Kürzungen, dann doch bitte bei uns selber anfangen.

Der Vorsitzende: Ich glaube, Sie haben jetzt zu 11 geredet, aber das kriegen wir auch hin.

Wir sind bei der Ordnungsziffer 10, da geht es um das Gehalt der Bürgermeister*innen. Den können wir jetzt zur Abstimmung stellen und ich bitte um Ihr Votum. - Eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Antrag 11 (Seite 34): Rücknahme des Beschlusses über die Änderung der Satzung für die Entschädigung von gemeinde- und ortschaftsrätlichen Tätigkeiten (DIE LINKE.)

Stadtrat Honné (GRÜNE): Wir haben bei allen Kürzungen niemals Gehälter gekürzt von Beschäftigten in der Verwaltung und wollen auch bei uns da nicht ansetzen. Wir bekommen eher zu wenig als Gemeinderäte, wenn man den Aufwand betrachtet, den wir haben, die ganz erhebliche Zeit. Man muss sich finanziell leisten können, in den Gemeinderat zu gehen, deshalb wundert mich ganz besonders dieser Antrag von den LINKEN, weil es ja darum geht, irgendwie auch wirklich eine Entschädigung für das zu bekommen und insbesondere Renten- und Krankenversicherung kriegen wir eben auch nicht. Insofern passt der Antrag überhaupt nicht.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Ich wundere mich schon, dass Frau Göttel meint, meine finanziellen Verhältnisse zu kennen, wo es auf ein paar Tausend Euro nicht ankommt. Also, ich würde einfach mal sagen, das stimmt so nicht. Und ich weiß von vielen, die verzichten auf Arbeit, die haben ihre Arbeit reduziert, um das jetzt machen zu können. Deswegen ist es völlig neben der Kapp.

Der Vorsitzende: Ich gehe auch davon aus, dass wir mit der in der Veränderung der Satzung angepassten Erhöhung vom Mindestlohn weit entfernt sind, der ja auch immer sehr vehe-

ment gefordert wird. Gut, wir kommen damit zur Abstimmung Ordnungsziffer 11 und ich bitte um Ihr Votum. - Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.